

Mirosław Grewiński

UWAGA

Wszelkie prawa autorskie zastrzeżone i prawnie chronione. Przedruk materiałów w części lub całości możliwy tylko i wyłącznie za zgodą autora. Cytowanie oraz wykorzystywanie fragmentów prac dozwolone tylko za podaniem źródła.

Copyright by Mirosław Grewiński (w niektórych przypadkach także poszczególne Wydawnictwa).

[Plik pobrano z www.mirek.grewinski.pl](http://www.mirek.grewinski.pl)

SCHLUSSFOLGERUNGEN ZU DEN ANWENDUNGSMÖGLICHKEITEN
DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS IN DER REPUBLIK POLEN

Opinia na temat:

Procesy dostosowawcze polityki strukturalnej Polski
do wymogów Unii Europejskiej

(ekspertyza opracowana dla niemieckiego biura konsultacyjnego

EFS- BBJ-Servis-Chemnitz), marzec 1999 r

SCHLUSSFOLGERUNGEN ZU DEN
ANWENDUNGSMÖGLICHKEITEN DES EUROPÄISCHEN
SOZIALFONDS IN DER REPUBLIK POLEN

Wenn Polen die Mittel der Strukturfonds, des Einigkeitsfonds oder der Europäischen Investitionsbank in der Zukunft in Anspruch nehmen möchte, müssen sofortige Schritte zur Anpassung der entsprechenden Rechtsregelungen in diesem Bereich aufgenommen werden. Diese Anpassungen gehen aus dem Schlüsselziel der gemeinsamen Politik der Gemeinschaftstaaten, das die Erlangung einer wirtschaftlichen und sozialen Einheitlichkeit darstellt, hervor. Wenn die Union die Idee eines „einheitlichen Binnenmarktes“ verwirklichen möchte, wird sie weiterhin durch Strukturpolitik die schwächeren Gebiete und Regionen unterstützen müssen, wobei die Unionshilfe nur eine zusätzliche Finanzierungsquelle darstellen wird. Daher besteht die Notwendigkeit eine nationale Strategie der Strukturpolitik zu schaffen, die zusätzliche Mittel in Anlehnung an einen breiten gesellschaftlichen Dialog, insbesondere mit Wirtschafts- und Gesellschaftspartnern in den Regionen, dynamisch aktivieren wird. Die Aktivierung von Institutionen und Personen, die sich mit der breit verstandenen Regionalpolitik befassen, sowie die rechtliche und strukturelle Anpassung werden zu wichtigen Themen.

Die Regionalpolitik der Union, das sind vor allem Rechtsvorschriften, die noch immer keine Widerspiegelung und Umsetzung im polnischen Recht finden. Es ist daher notwendig das Recht schnellstmöglich anzupassen, da das Fehlen an seiner rechtzeitigen Vereinheitlichung nicht nur die

Strukturunterstützung durch die Union, sondern auch den gesamten Integrationsprozeß negativ beeinflussen kann. Obwohl die Regionalpolitik einer der wichtigsten Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union ist, fehlt es in Polen immer noch an starken Institutionen und an einer klaren Bestimmung der Zuständigkeiten in diesem Bereich. Auf der Zentralebene gibt es keinen Koordinator der Regionalpolitik, es gibt keine starken Personen der interregionalen Politik. Im Jahre 1993 wurde die Polnische Agentur für Regionalentwicklung einberufen, deren Aufgabe in der Ausführung der Hilfsprogramme im PHARE - Rahmen besteht. Solche Gebietsagenturen für die Regionalentwicklung versuchen mit bescheidenen Mitteln die interregionale Politik zu führen. Dies alles ist aber viel zu wenig, wenn man an eine Verringerung der tatsächlichen Unterschiede in den Regionen, an eine Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit, an eine Vergrößerung der effektiven Ausnutzung der Naturschätze dieser Regionen, oder an eine Verringerung der strukturellen Arbeitslosigkeit denkt. Eine tatsächliche Umgestaltung der Organe in den Regionen, eine Dezentralisierung der Macht und die Übergabe vieler Kompetenzen an die Lokalorgane sind unentbehrlich, da eine stetige Steigerung und Entwicklung nur auf diese Weise gesichert werden können. Die Experten, die in die Aufgabenuntergruppe für Regionalpolitik berufen wurden und die verschiedensten Resorts und Wissenschaftsgremien vertreten, haben folgende Grundaufgaben aufgezeichnet, die sofort realisiert werden sollten:

- Reform der Gebietsorganisation des Staates, Gründung von selbstständigen Organen der interregionalen Politik
- Berufung eines Koordinationsorgan für Regionalpolitik auf Landesbene, das mit der Regierungsverwaltung auf der Regionalebene zusammenwirken soll.

- Gründung eines Landessystems für die Prognose, die Überwachung und die Unterstützung der Regionalentwicklung.
- Schaffung von Institutionen und Finanzmechanismen, die eine korrekte, inländische Mitfinanzierung von Initiativen ermöglichen, die durch die Strukturfonds der Europäischen Union in mehrjährigen Perioden unterstützt werden.

Nur eine solche Erfassung der Regionalproblematik ermöglicht die Chance die Finanzmittel aus den Strukturfonds zu absorbieren. Der Staat sollte aber zusätzlich gesetzlich klare Kriterien und Instrumente hinsichtlich der Finanzierung der Regionen schaffen. In diesem Bereich wird die Berufung eines inländischen Prognosierungs- und Regionalentwicklungsunterstützungssystems vorgeschlagen, das folgende Bestandteile beinhalten sollte:

- eine transparente Identifikation der Regionen, die der größten Unterstützung bedürfen, unter der Bestimmung entsprechender Prioritäten der Konzentration der Mittel.
- eine korrekte Zusammenarbeit der Regionalorgane mit dem Staatsorgan, das die Regionalpolitik koordiniert und in der Zukunft mit der Europäischen Kommission zusammenwirkt (im Sinne der Partnerschaftsprinzipien).

Eine wichtige Aufgabe stellt auch die Konzentration der Finanzmaßnahmen dar, die eine Vereinigung von Mitteln aus verschiedenen Quellen in den mehrjährigen Perioden der Finanzierung des Regionalentwicklungsprogramms erlauben werden. Es geht hier darum, daß das Staatsbudget für einen Einjahreszeitraum vorbereitet ist und die Mittel aus den Strukturfonds für mehrjährige Programme zugeteilt werden. Damit der Staat die Projekte mitfinanzieren kann, ist die Sicherung der Finanzliquidität notwendig. Vielleicht wäre hier die Gründung eines Zielfonds zur Mitfinanzierung von Hilfsprogrammen für die Regionen eine gute Lösung.

Polen, das sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bewirbt, sollte auch die Prinzipien, die vor allem für die gemeinschaftliche Regionalpolitik sehr wichtig sind, einführen und anwenden, und zwar: das Prinzip der Konzentration der Mittel, der Programmierung der Entwicklung, der Zuwendungsmöglichkeit von Mitteln, der Subsolidarität, der Koordination, der Kompatibilität, der Einigkeit, der Evaluation und der Kontrolle.

Wenn es um die Strukturfonds geht, geht aus den Erfahrungen anderer Weststaaten hervor, daß die entsprechenden Ministerien ihre Verwalter sein sollten. Mit der Aktivität des Europäischen Sozialfonds wird sich in Polen auf der Zentralebene wahrscheinlich das Arbeit- und Sozialministerium beschäftigen. Ein wichtiges Element einer einwandfreien Verwaltung der Strukturfonds ist auch die Koordination der Tätigkeiten aller Ministerien, sowie der Regierungsstellen in den Regionen, die sich mit der Strukturpolitik befassen. Polen kann davon ausgehen, daß seine Regionen als Gebiete mit einem niedrigen Entwicklungsniveau klassifiziert werden, die in den Bedingungen des Beitritts zur Europäischen Union als das Ziel Nr 1 erfasst wurden, und für das gar 2/3 der Mittel der Strukturfonds bestimmt sind. Es ist schwer zu prophezeien, wie hoch das Niveau der Hilfe sein wird, da sich mit der Annahme Polens und anderer Länder Mittel- und Osteuropas die Bevölkerungszahl der schwach entwickelten Gebiete um 60 Mln. Personen vergrößern wird. Es wird geschätzt, daß die Mittel (aus den Strukturfonds) für unser Land ca. 2-4 % des Bruttosozialprodukts betragen werden. Vieles hängt in diesem Bereich aber von einer korrekten und professionellen Verhandlungspolitik Polens mit der Europäischen Union ab. Die Hauptaufgabe der Verhandlungsführer von polnischer Seite sollte die Genehmigung zur Umfassung Polens mit dem vollen Umfang der Finanzhilfen aus den Strukturfonds sein, aber auch aus anderen Instrumenten wie: dem

Einigkeitsfonds - der die Entwicklung der Straßen- und Transportinfrastruktur, sowie die Sanierung der Umwelt finanziert; der Europäischen Investitionsbank mit dem Europäischen Investitionsfonds; den Programmen der Vormitgliedschaftshilfe ISPA (Fonds der Strukturhilfe) und dem SAPARD (Landwirtschaftsfonds) sowie dem PHARE-Programm, das seine bisherige Formel sicherlich ändern wird.

Ab dem Jahre 2000 hat Polen das Recht ca. 600-650 Millionen Euro jährlich als nicht rückzahlbare Vormitgliedschaftshilfe von der Europäischen Union zu erwarten. Es sollte alles unternommen werden, um diese Mittel wirksam auszunutzen, da dies mit Sicherheit die Strukturunterstützung Polens schon nach dem Beitritt zur Union beeinflussen wird. Bis Juni dieses Jahres ist Polen verpflichtet durchdachte Programmprojekte vorzustellen, die die Unionskriterien erfüllen, darunter solche, die eine Mitfinanzierung aus staatlichen und privaten Mitteln sicherstellen. Man sollte sich darüber im Klaren sein, daß eine schlechte Vorbereitung der Programme und die Realisierung der mit dem PHARE-Programm verbundenen Mittel, sowie die Politisierung der meisten mit der Integration verbundenen Ämter unlängst den Verlust von einigen Millionen ECU für Polen zur Folge hatte. Es ist deswegen anzunehmen, daß die Europäische Union die Richtigkeit der Finanzhilfeersuchen mit einer besonderen Genauigkeit analysieren wird. Es sind also außer dem guten Willen, -professionelle Expertisen, eine Fachberatung und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen der volkswirtschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und strukturalen Politik notwendig. Unentbehrlich wird auch die Ausweitung der Informationen zur Richtung der planmäßigen Revision der Vereinigkeits- und Regionalpolitik, die Vergrößerung des Wissens zum Thema der institutionalen Reformen der Europäischen Union, die Implikationen für die Regionalpolitik und die

Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten sein. Die Informierung der Gesellschaft über die volkswirtschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Integration in die Europäischen Union hat auch eine große Bedeutung, da das Allgemeinwissen zum Thema der Gemeinschaft leider sehr gering ist.

Ende März dieses Jahres wird in Berlin ein spezieller Gipfel der Mitgliedsstaaten, der der AGENDA 2000 gewidmet ist, stattfinden. Sehr viel hängt eben von diesem Treffen der Chefs der Staaten der Europäischen Union ab, da dort wahrscheinlich die endgültigen Entscheidungen hinsichtlich der Strukturpolitik der Union, des Budgets und der Erweiterung der Gemeinschaft nach Osten hin getroffen werden. Das Fehlen an einer Verständigung in Berlin kann deutliche Komplikationen verursachen, da im Juni das neue Europaparlament gewählt wird.

Die polnischen Regierungsstellen und die Gesellschaft sollten sehr aufmerksam die Verhandlungen in Berlin verfolgen, da diese teilweise unser Land betreffen werden. Unabhängig davon, welche Entscheidungen dort getroffen werden, ist eins klar - die Erweiterung der Union ist vorab entschieden und deswegen sollte Polen alle Strukturen und Lebenszweige im Bereich des Rechts, der Wirtschaft, der Volkswirtschaft, sowie der Sozialpolitik schnellstmöglich anpassen, um in der nahen oder weiteren Zukunft ein vollberechtigtes Mitglied des stärksten Wirtschaftssystems in der Welt zu werden. Wird alles gemäß unseren Erwartungen verlaufen, so werden wir in drei oder vier Jahren die Mittel der Strukturfonds, darunter des Europäischen Sozialfonds, in Anspruch nehmen können.

Es ist daher schon jetzt notwendig die Kader zu schulen, die sich in der Zukunft mit der Tätigkeit der Strukturfonds beschäftigen werden. Außer der theoretischen Vorbereitung, sollten auch die praktischen Erfahrungen unserer

Nachbarn berücksichtigt werden, insbesondere aus den deutschen Ostländern, die durch das Ziel Nr 1 der Strukturpolitik der Gemeinschaft unterstützt werden und deren Erfahrungen und Meinungen für unser Modell der Organisation des Strukturralhinterhofes besonders nützlich sein können. Es wäre daher empfehlenswert mit den deutschen Partnern ständige Kontakte zu knüpfen sowie die Möglichkeit von Brufspraktika für die potentiellen Mitarbeiter der Strukturfonds in Polen zu schaffen. Dies wäre eine ausgezeichnete Möglichkeit, sich mit der komplizierten Theorie in der Praxis vertraut zu machen, man könnte dadurch auch viele unnötige Fehler vermeiden. Ich weiß nämlich aus eigener Erfahrung, daß sich die durch die Kommission und die Regionen präsentierte Regionalpolitik wesentlich voneinander unterscheidet.

Polen muß schnellstens seine Rechtsvorschriften und Institutionen anpassen, seine Kader und Mitarbeiter für die Arbeit mit den Europäischen Strukturfonds schulen, sowie bereits jetzt Mittel für die Mitfinanzierung der Projekte gewinnen. Man sollte dabei nicht vergessen, daß viel von unserer Vorbereitung und dem Professionalismus bei der zukünftigen Verwaltung der Unionsmittel abhängt.

UWAGA

Wszelkie prawa autorskie zastrzeżone i prawnie chronione. Przekład materiałów w części lub całości możliwy tylko i wyłącznie za zgodą autora. Cytowanie oraz wykorzystywanie fragmentów prac dozwolone tylko za podaniem źródła.

Copyright by Mirosław Grewiński (w niektórych przypadkach także poszczególne Wydawnictwa).

[Plik pobrano z www.mirek.grewinski.pl](http://www.mirek.grewinski.pl)